

Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands anlässlich seiner Klausurtagung am 7. und 8. Februar 2014 in Erfurt:

Deutschland und die Europäische Union wollen, dass die Ukraine wieder einen Platz im Europa der gemeinsamen Werte einnehmen kann. Durch das ausgehandelte Assoziierungsabkommen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft hat die Ukraine eine klare europäische Perspektive. Voraussetzung für dessen Unterzeichnung ist ein glaubwürdiges Bekenntnis der ukrainischen Führung zu Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir begrüßen das gemeinsame Angebot der Europäischen Union und der USA, die Ukraine mit kurzfristigen finanziellen Hilfen vor einem Staatsbankrott zu schützen. Im Gegenzug erwarten wir von der Kiewer Regierung Reformen, die die Menschenrechte sichern und die Wirtschaft des Landes beleben.

Derzeit blicken wir allerdings voller Sorge in die Ukraine. Seit Monaten kämpfen hunderttausende von Ukrainern trotz massiver Repressionen für Freiheit und eine europäische Zukunft ihres Landes. Die CDU Deutschlands fordert, dass das Recht der Ukrainer auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit respektiert wird. Oppositionelle dürfen nicht durch Gewalt, willkürliche Verhaftungen und falsche Ermittlungen der Sicherheitsbehörden eingeschüchtert werden. Das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstranten verstößt gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der friedlichen Demonstranten, die durch den Gewalteinsatz der ukrainischen Sicherheitskräfte ums Leben oder zu Schaden gekommen sind.

Die Charta für ein neues Europa der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gibt jedem europäischen Staat das souveräne Recht, die internationale Zusammenarbeit frei zu gestalten. Wir weisen jeglichen Versuch zurück, Staaten in dieser Frage unter Druck zu setzen.

Wir wollen eine Zusammenarbeit in Freiheit und Würde, die allen nutzt. Unser Ziel ist, dass die Ukraine gute und enge Beziehungen sowohl zur Europäischen Union, als auch zu Russland pflegen kann.

Wir rufen Regierung und Opposition der Ukraine auf, friedlich und gemeinsam an der Zukunft des Landes zu arbeiten. Es ist erschreckend, wenn Journalisten, die kritisch über die Regierung berichten, bedrängt, angegriffen und verletzt werden. Wir erwarten von der ukrainischen Führung, die Rücknahme der Einschränkungen der Bürgerrechte rasch in Kraft zu setzen, alle politischen Gefangenen sofort frei zu lassen und eine unabhängige Berichterstattung der Medien zu gewährleisten. Diejenigen, die für gewalttätige Übergriffe verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Sollte die ukrainische Führung elementare Bürgerrechte weiterhin verweigern, werden wir uns dafür einsetzen, dass die internationale Staatengemeinschaft personenbezogene Sanktionen gegen die Unterdrücker beschließt.